

der Tätigkeit der Volksvertretungen, der Arbeit in Ständigen Kommissionen und deren Aktiven oder anderen unmittelbar an staatliche Organe gebundenen Kommissionen oder Ausschüssen erschöpft sei. Das ist eine nicht richtige und zu enge Vorstellung. Der Bogen der Mitwirkung an der staatlichen Leitung ist viel weiter gespannt. Er reicht von der Plandiskussion im Betrieb, in der LPG, in der Gemeinde oder im städtischen Wohngebiet über die vielfältigen Formen gesellschaftlicher Aktivität in Ständigen Produktionsberatungen, Produktionskomitees und ökonomischen Aktiven, in Neuererräten, Gesellschaftlichen Räten bei den WB, Kooperationsräten, in der Nationalen Front, in Elternbeiräten, Verkaufstellenausschüssen usw. bis zur verantwortungsvollen Tätigkeit der Volksvertretungen und ihrer Organe. In jedem dieser Gremien wird durch die aktive Teilnahme der Bürger Einfluß genommen auf die Gestaltung des Lebens der Gesellschaft, unabhängig davon, ob das dem einzelnen bewußt ist oder nicht.

Voraussetzung für eine effektive Mitarbeit der Bevölkerung ist die wissenschaftlich vorausschauende zentrale Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, die einheitliche Orientierung auf die Schwerpunkte. Die schöpferische Mitarbeit der Bürger einer Stadt oder einer Gemeinde kann nur dann sinnvoll in die Lösung der Gesamtaufgaben eingefügt werden, wenn die perspektivische Entwicklung der Volkswirtschaft in diesem Bereich — als Teil der Gesamtentwicklung der DDR — im Plan konzipiert ist. Diese Gesamtperspektive kann nicht vom kleinen Teilbereich ausgehen, sondern muß — unter Berücksichtigung der territorialen Möglichkeiten und Erfordernisse — zentral geplant und geleitet werden. Erst in dieser organischen Verbindung zwischen zentraler staatlicher Planung und Leitung in den Grundfragen und der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit in den Betrieben und den örtlichen Organen der Staatsmacht wird die ganze Breite demokratischer Mitgestaltung voll wirksam.

Aber nicht nur enge Auffassungen hemmen oftmals die weitere Einbeziehung der Bürger in die staatliche Leitungstätigkeit, auch noch nicht restlos überwundene formale Praktiken seitens der staatlichen Organe wirken in der gleichen Richtung. Es kommt noch immer vor, daß Fachabteilungen der Räte bei der Vorbereitung von Entscheidungen -versuchen, von Vorsitzenden Ständiger Kommissionen Unterschriften für eine Ratsvorlage zu bekommen, um den „Nachweis der Abstimmung“ zu erbringen, ohne vorher über deren Problematik mit Werkträgern beraten zu haben. Es gibt

auch Mitarbeiter, die der Meinung sind, es genüge, die Abgeordneten und Ständigen Kommissionen, evtl. auch bestimmte Bevölkerungskreise, darüber zu informieren, was von der Fachabteilung bereits veranlaßt wurde, ohne dazu vorher den Rat und die Vorschläge der Bürger gehört zu haben.

Hinter dieser Arbeitsweise, die mit Wissenschaftlichkeit nichts zu tun hat, steht in Grunde genommen die Auffassung, daß die Beratung mit der Bevölkerung nur eine zeitraubende, zusätzliche Belastung sei. Auch ein überheblicher Expertenstandpunkt und die Meinung, daß die Masse der Bürger von den Problemen nichts verstehe, daß nur Fachleute etwas sagen können, behindert die Breite in der Zusammenarbeit staatlicher Organe mit der Bevölkerung. Im Grunde genommen zeigt das alles, daß das Wesen der sozialistischen Demokratie noch nicht von allen Mitarbeitern im Staatsapparat verstanden wird.

Initiative und Bewußtsein wachsen

Selbstverständlich erfordert Mitdenken und Mitentscheiden unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die engen Verflechtung aller gesellschaftlichen Prozesse, hohes fachliches Können und Verständnis für die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Beides eignen sich die Bürger unserer Republik auf mannigfaltige Weise durch die Teilnahme an den vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten und im Prozeß der Lösung der ökonomischen politischen und kulturellen Aufgaben an. Nur entspricht es durchaus nicht dem Wesen der sozialistischen Demokratie, daß jeder um jeden Preis zu allem etwas sagt, sondern es kommt im Interesse der Effektivität der Arbeit darauf an, daß diejenigen Bürger, die vor der Sache am meisten verstehen bzw. unmittelbar berührt werden, an der richtigen Entscheidungsfindung teilnehmen. Es ist also keinesfalls so, daß es den Werkträgern an Qualität oder Bewußtsein mangelt und dadurch die Entwicklung der Demokratie Grenzen gesetzt sind, wie das einige „Nur-Fachleute“ meinen. Es ist vielmehr so, daß das Bewußtsein und die Initiative der Bürger zu jenen Faktoren gehören, die eine neue Qualität der wissenschaftlichen Leitung in allen staatlichen Organen erfordern.

Aus dieser Erkenntnis zog die Parteiorganisation im Rat des Kreises Beeskow richtige Schlußfolgerungen für die Tätigkeit der Ständigen Kommissionen des Kreistages, die meist auf Analysen und Einschätzungen der Fachabteilungen angewiesen sind und damit zi